

Elena Bondarenko, Irina Berezhnaya,
Larisa Shesler (Hrsg.)

Für Frieden und Demokratie in der Ukraine

Monitoring einiger Aspekte
der Verletzung von Menschenrechten
in der Ukraine von 2014 bis 2016

Мониторинг некоторых аспектов
нарушения прав человека в Украине
за 2014-2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Monitoring einiger Aspekte der Verletzung der Menschenrechte in der Ukraine von 2014 bis 2016

Die Situation hinsichtlich des Schutzes der Menschenrechte auf dem Territorium der Antiterroristischen Operation in der Ukraine [ATO]	7
Das Recht auf sozialen Schutz	8
Rücktritt der Ukraine von übernommenen Verpflichtungen	10
Das Recht des Menschen auf dem Gebiet der Information und das Recht auf Privatsphäre	12
Das Recht auf freie Meinungsäußerung	14
Das Recht auf ein gerechtes Gericht und gerechte Verurteilung der Beschuldigten bei vollzogenen Verbrechen	18
Das Recht auf Arbeit	21
Das Recht auf Freiheit friedlicher Versammlungen	21
Das Wahlrecht	22
Liste der Zeugen und deren Darstellungen	24

СОДЕРЖАНИЕ

ПРЕДИСЛОВИЕ	28
МОНИТОРИНГ НЕКОТОРЫХ АСПЕКТОВ НАРУШЕНИЯ ПРАВ ЧЕЛОВЕКА В УКРАИНЕ ЗА 2014-2016 ГГ.	
СОСТОЯНИЕ ЗАЩИТЫ ПРАВ ЧЕЛОВЕКА НА ТЕРРИТОРИИ ПРОВЕДЕНИЯ АТО	30
ПРАВО НА СОЦИАЛЬНУЮ ЗАЩИТУ	32
ОТСТУПЛЕНИЕ УКРАИНЫ ОТ ВЗЯТЫХ ОБЯЗАТЕЛЬСТВ	34
ПРАВА ЧЕЛОВЕКА В ИНФОРМАЦИОННОЙ СФЕРЕ И ПРАВО НА ПРИВАТНОСТЬ	36
ПРАВО НА СВОБОДУ ВЫРАЖЕНИЯ СОБСТВЕННОГО МНЕНИЯ	38
ПРАВО НА СПРАВЕДЛИВЫЙ СУД И НАКАЗАНИЯ ВИНОВНЫХ В СОВЕРШЕНИИ ПРЕСТУПЛЕНИЙ	42
ПРАВО НА ТРУД	44
ПРАВО НА СВОБОДУ МИРНЫХ СОБРАНИЙ	45
ИЗБИРАТЕЛЬНОЕ ПРАВО	46
СПИСОК СВИДЕТЕЛЕЙ И ИХ ИСТОРИИ	47

Vorwort

In der Ukraine herrscht Krieg. In dessen Windschatten werden Menschen- und Bürgerrechte abgebaut, jedoch blühen Korruption und Ungesetzlichkeit. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Ukraine zu einem Polizeistaat wird und demokratische Freiheiten, die mit der Konstituierung der Ukraine vor 25 Jahren gewonnen wurden, sukzessive abgebaut werden. Oppositionelle Menschenrechtsorganisationen in der Ukraine beobachten seit geraumer Zeit Überschreitungen und Übergriffe. Demokratische Freiheiten, die in ganz Europa als selbstverständlich gelten, werden eingeschränkt, Willkür und Rechtlosigkeit gehören inzwischen zum Alltag.

Die außenpolitischen Anstrengungen der Europäischen Union einschließlich der Bundesrepublik Deutschland waren bislang wenig erfolgreich, diesen Prozess zu stoppen oder gar umzukehren.

Es gibt inzwischen Stimmen in der Ukraine und im Ausland, die resigniert ein Scheitern all dieser Bemühungen feststellen. Angesichts der heutigen Lage im Lande ist das nicht verwunderlich. Dennoch setzen die Verteidiger der Bürger- und Menschenrechte in der Ukraine darauf, dass mit Hilfe von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im Ausland auch ihre Stimme gehört wird. Die Lage ist kritisch, aber nicht ausweglos, ist ihre Botschaft.

So haben sich beispielsweise das Koordinationszentrum „Freies Wort“ und das Institut für Rechtspolitik und Sozialschutz, beide in Kiew ansässig, an uns gewandt. Wir sind eine Schriftstellervereinigung, die seit einigen Jahren in der deutschen Hauptstadt präsent ist und sich für die Verständigung der Völker engagiert. Namentlich Elena Bondarenko, Chefin des Koordinationszentrums „Freies Wort“, die Institutsdirektorin Irina Berezhnaya und Larisa Shesler von der Union der politischen Emigranten und politischen Gefangenen der Ukraine (SPPU, СППУ) übermittelten uns erschütternde Zeugenberichte, die die aktuelle Situation in der ukrainischen Gesellschaft deutlich machen. Wir dokumentieren nachfolgend einige Berichte.

Die drei Frauen und die von ihnen vertretenen Organisationen und Institutionen klagen nicht an, sie verurteilen niemanden. Es findet keine einseitige Schuldzuweisung statt. Sie wollen mit ihrer Dokumentation lediglich der interessierten deutschen Öffentlichkeit bewusst machen, was jenseits der Schlagzeilen geschieht. Im Ausland kaum wahrgenommen verändert sich die ukrainische Gesellschaft stetig. Obgleich das Land einst aufgebrochen war, sich der europäischen Völkerfamilie anzuschließen, ist es gegenwärtig weiter denn je von dieser Wertegemeinschaft entfernt. Die Regeln und Gesetze, die in Europa gültig sind, gelten in der Ukraine kaum. Das muss anders werden. Vielleicht wächst das Verständnis und die Unterstützung für die ukrainische Zivilgesellschaft nach Kenntnis dieser Texte. Europa kann nur gewinnen, wenn in allen Staaten des Kontinents die gleichen demokratischen Grundrechte herrschen und Frieden ist.

Wladimir W. Sergijenko

*Präsident der Schriftstellervereinigung „Bundesrepublik
Deutschland für Völkerverständigung e. V.“, Berlin*

Monitoring einiger Aspekte der Verletzung der Menschenrechte in der Ukraine von 2014 bis 2016

**Die Situation hinsichtlich des Schutzes der Menschenrechte
auf dem Territorium der Antiterroristischen Operation in der
Ukraine [ATO]**

Die Territorien im Osten der Ukraine, wo die sogenannte ATO stattfindet, sind hinsichtlich der Einhaltung der grundlegenden und unverzichtbaren Rechte und Freiheiten des Menschen die schlimmsten. Es gibt schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und Missbrauch in Form von regelmäßigem Beschuss, Hinrichtungen, willkürlichen und ungesetzlichen Verhaftungen, außergerichtlichen Bestrafungen, Folterungen, Misshandlungen, Menschenhandel, Rechtlosigkeit, Fehlen von Abrechnungspflicht sowie ungesetzliche Versagung ökonomischer und sozialer Rechte. Dies müssen etwa 5 Millionen Menschen ertragen, die in den von dem Konflikt betroffenen Gebieten wohnen. Die Ukraine fühlt sich nicht verantwortlich gegenüber den Bürgern, die auf den nicht von ihr kontrollierten Gebieten zurückgeblieben sind. Die besonders betroffenen Gruppen der Bürger in den ATO-Zonen sind Kinder, Invaliden und alte Menschen. Die Tatsache, dass

sich die Machtorgane der Ukraine nicht rechtzeitig um die Evakuierung der Kinder aus den Kinderheimen sowie der betagten und invaliden Menschen aus den Altenheimen gekümmert hatten, war zu einer Gefahr für deren Leben und Gesundheit geworden. Viele von ihnen haben nicht die erforderlichen Medikamente, bzw. es fehlt ihnen an Nahrung und Wasser. Laut UNICEF leiden wegen beschädigter oder zerstörter Rohrleitungssysteme 1,3 Millionen Kinder und Erwachsene in den von dem Konflikt erfassten Gebieten im Osten der Ukraine unter ernsthaften Problemen des Wassermangels.

Zudem war vom 21. Januar 2015 an auf dem Territorium, das nicht von der Regierung der Ukraine kontrolliert wurde, zeitweilig ein Ein- und Ausreiseregime eingeführt worden, was eine grobe Diskriminierung nach dem territorialen Prinzip bedeutet. Und es wurden zusätzliche Hindernisse für humanitäre Hilfslieferungen eingeführt, z.B. Verbot des Transports von Lebensmitteln und Medikamenten, komplizierte Registriermethoden sowie Erhebung von Zoll für Hilfsgüter. Wegen der Blockierung der Ausweiskontrollstellen durch die Bataillone „Ajdar“ und „Donbass“ Ende 2016 wurde die Situation wegen Drohungen, den Versorgungskanal für humanitäre Hilfe aus der Ukraine völlig zu schließen, noch schwieriger. Einige Züge mit Hilfsgütern waren gezwungen, auf dem Territorium der Trennungslinien umzukehren, da sie ihre Güter nicht auszuliefern konnten. Im Dezember 2016 kam es auf dem Territorium des Gebiets Lugansk zu akutem Wassermangel, weil die örtliche ukrainische Verwaltung beschlossen hatte, die Wasserleitung für die nicht von den ukrainischen Organen kontrollierten Gebiete zu schließen. Die Abschaltung der Wasserversorgung ist eine schwere Verletzung des Rechts der Menschen auf Trinkwasser und zu sanitären Zwecken, denn dadurch werden Epidemien gefördert und die medizinische Hilfe für die Bevölkerung erschwert.

Die Durchlasszeit beim Überqueren der Trennungslinien an den Blockposten hat sich für friedliche Bürger enorm verlängert. Ange-

sichts der ständigen Verletzung der „Waffenruhe“ sind die Menschen während der Wartezeiten an den Grenzlinien ständigem Beschuss ausgesetzt. So sind am 14. Dezember am Grenzpunkt „Majorsk“ in der Nähe von Gorlovka durch Beschuss zwei friedliche Bürger ums Leben gekommen und zwei weitere wurden verletzt.

Die ukrainischen Organe beachten auch nicht, dass es 77 Institutionen des Donbass [Donezbeckens] gibt, in denen Personen de jure unter ihrem Schutz stehen — psychiatrische Klinik, Internate, in denen sich Rentner, Kinder und bettlägerige Kranke befinden. Das bedeutet also, dass die Ukraine ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Sicherung des Rechts auf Leben verletzt.

Das Recht auf sozialen Schutz

Nach dem gesetzeswidrigen Beschluss des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 595 vom 7.11.2014 über die Einfrierung der Renten und sozialen Zuzahlungen an die Bürger, die die Zone der Durchführung der Antiterroristischen Operation in der Ukraine nicht verlassen haben, hat es keinerlei Auszahlungen aus dem Staatsbudget für soziale Zwecke mehr gegeben, auch nicht für Renten oder soziale Institutionen, die weiterhin in den Bezirken tätig sind und nicht von der Ukraine kontrolliert werden. Die Rechte der Bürger auf sozialen Schutz werden somit in keiner Weise wahrgenommen.

Und die amtierenden Machtorgane weigern sich, den Beschluss des Obersten Verwaltungsgerichts der Ukraine durchzuführen, der die Ukraine verpflichtet, Renten und soziale Zuzahlungen an alle Bürger auszuzahlen, die auf dem nicht kontrollierten Territorium des Gebiets Lugansk und Donezk wohnen, was auch in offiziellen Antworten staatlicher Organe bestätigt wird.

Nicht nur, dass die schon lange in Kraft getretenen Beschlüsse des Gerichts nicht durchgeführt werden, gegenwärtig haben das Minis-

terium für Sozialpolitik der Ukraine und der Rentenfonds der Ukraine sogar ungesetzlicher Weise die Rentenzahlungen und die sozialen Zuzahlungen nicht nur für die Einwohner des nicht kontrollierten Territoriums eingestellt, sondern ohne jegliche rechtliche Grundlage auch für alle vorübergehend umgesiedelten Personen (Umsiedler).

In Punkt 8 des Maßnahmenkomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 ist die volle Wiederherstellung der sozial-ökonomischen Beziehungen vorgesehen, einschließlich sozialer Überweisungen wie Rentenzahlungen und andere Zahlungen. Auf der Sitzung der Generalversammlung der UN für Menschenrechte am 11.12.2015 hatte Ivan Šimonovi in seiner Rede den Staat Ukraine dazu aufgefordert, die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts der Ukraine vom 16.10.2015 durchzuführen und den in der Zone der sogenannten ATO lebenden Bürgern die gesamte diesen schuldige Summe für soziale Zahlungen und Renten auszu zahlen sowie in Zukunft die regulären Zahlungen wieder weiter zu zahlen. Außerdem sind bis heute weiterhin noch Fälle von gesetzeswidrigen Festnahmen zu verzeichnen, die von ukrainischen Rechtsschutzorganen verursacht werden (im wesentlichen vom Sicherheitsdienst der Ukraine), von militärischen und militarisierten Formationen (vor allem von ehemaligen Freiwilligenbataillonen, die gegenwärtig offiziell in die bewaffneten Kräfte der Ukraine, in die Nationalgarde und in die Polizei aufgenommen wurden).

Demnach gibt es bei ihnen, nachdem am 21. Juli der Vortrag der Rechtsschutzorganisation Amnesty International veröffentlicht worden war, nicht mehr: „willkürliche Festnahmen, gewaltsames Verschwinden und Folterungen im Osten der Ukraine“; der Sicherheitsdienst der Ukraine hat einige Personen aus dem so genannten „Geheimgefängnis“ freigelassen, womit die Verwaltung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Char’kov gemeint ist. Drei von diesen – Nikolaj Vakaruk, Viktor Ašichin und Dmitrij Korolev – haben erklärt,

dass sie die Absicht haben, Gerechtigkeit zu fordern. Einige von ihnen – Petr Kozlov, Konstantin Beskorovajnyj, Vladimir Bezobrazov – haben in einem derartigen Gefängnis ohne offizielle Anschuldigung, ohne Kontakt mit einem Rechtsanwalt und Verwandte etwa zwei Jahre zugebracht. Das Geheimgefängnis des Sicherheitsdienstes der Ukraine haben auch der bekannte Wissenschaftler Aleksej Samojlov, der Priester Feofan Kratirov und der Journalist Nikolaj Maškin durchlaufen. Sie können Zeugenaussagen machen, was dort für Bedingungen herrschten und welchen physischen Folterungen sie ausgesetzt waren.

Nach Aussagen von Rechtsschützern sind auch weiterhin noch mindestens fünf Personen der Freiheit beraubt und befinden sich an geheimen Orten.

Rücktritt der Ukraine von übernommenen Verpflichtungen

Entgegen von der Ukraine ratifizierter internationaler Konventionen, ist die Verletzung der Menschenrechte im Lande zu einer systematischen und ständigen Erscheinung geworden.

Dies alles ist möglich geworden, weil die Verletzung der Menschenrechte in der Ukraine auf gesetzmäßiger Grundlage beruht. Am 21 Mai 2015 wurde von der Obersten Rada der Ukraine ein Beschluss gefasst, in dem die Erklärung der Ukraine über den Rücktritt von der internationalen Verpflichtung in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte in den Gebieten Donezk und Lugansk auf dem vom Staat kontrollierten Territorium zurückgenommen wurde.

Am 5 Juni 2015 hat die Regierung der Ukraine den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen und den Generalsekretär des Europarats darüber informiert, dass die Ukraine von einigen staatlichen Verpflichtungen des Internationalen Paktes über die Bürger- und politischen Rechte sowie die Europäische Konvention über

den Schutz der Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten von 1950 zurücktreten wird.

In dem genannten Beschluss ist vorgesehen, dass ein Rücktritt von Rechten, die vom Komitee der Organisation der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten als solche dargelegt worden sind, nicht gestattet ist.

In dem genannten Beschluss sind aber derartige grundlegende verfassungsmäßige Menschenrechte verletzt worden wie:

- das Recht auf Freizügigkeit der Bewegung auf dem Territorium der Ukraine und außerhalb ihrer Grenzen;
- das Recht der Bürger auf eine gerechte gerichtliche Untersuchung;
- das Recht der Bürger auf Schutz und Aufsicht durch die Gerichtsorgane hinsichtlich der Einhaltung der Gesetzlichkeit während des Gefängnisaufenthalts;
- das Recht, alle vom Gesetz vorgesehenen soziale Zahlungen und Unterstützungen unabhängig vom Wohnort innerhalb der Ukraine.

Mit diesem Beschluss haben die Abgeordneten die Bürger der Ukraine, die auf dem vom Staat kontrollierten Territorium der Gebiete Lugansk und Donezk leben, das Recht auf Ein- und Ausreise aus der Ukraine entzogen, ferner das Recht auf Berufung im Appellations- und Kassationsfall sowie beim Europäischen Gericht für Menschenrechte und allen gerichtlichen Entscheidungen, auf Ersatz materieller und moralischer Verluste im Falle einer gesetzeswidrigen Heranziehung zu gerichtlicher Verantwortung, bei außergerichtlicher Bestrafung oder anderen gesetzeswidrigen Handlungen. Auch für diese Bürger hat der Staat das Verbot auf Einmischung in das persönliche und Familienleben ausgeschlossen.

Das „Institut für Rechtspolitik und sozialen Schutz“ hatte bereits im

Juni 2015 wegen Gesetzeswidrigkeit Beschwerde gegen diese Dokumente beim Obersten Verwaltungsgericht der Ukraine eingelegt.

Die Monitoring-Mission der UN für Menschenrechte in der Ukraine hat in ihren Berichten mehrfach auf die oben genannten Verletzungen hingewiesen und von der Regierung der Ukraine verlangt, umgehend Maßnahmen zu treffen und diese für ein europäisches Land barbarischen Rechtsakte abzuschaffen.

Doch bis jetzt sind seitens der Regierung und des Parlaments keinerlei Maßnahmen getroffen worden.

Das Recht des Menschen auf dem Gebiet der Information und das Recht auf Privatsphäre

In letzter Zeit hat die Missachtung dieser persönlichen Rechte des Menschen in der Ukraine nach dem Majdan zu einer Verletzung anderer Rechte geführt, insbesondere des Rechts auf Leben.

Das präzedenzloseste Beispiel einer unrechtmäßigen Sammlung und Bekanntmachung von Informationen über Personen ist die skandalöse Mördersite mit der Bezeichnung „Mirotvorec“ [Friedensstifter], die bereits 2014 erschien und deren persönlicher Kurator der Berater des Ministers des Innern, der Volksdeputierte der Ukraine Anton Geraščenko, war.

Auf dieser Internetseite wurden offen „Erschießungslisten“ Andersdenkender mit persönlichen Angaben nicht nur von Bürgern veröffentlicht, die ohne Gerichtsprozess und ohne Untersuchung schwerer Verbrechen bezichtigt wurden, sondern auch Angaben von deren Familienmitgliedern und von Kindern, mit Adressen von Schule, Universität und Kindergarten. Bis heute sind auf dieser Seite gesetzeswidrig Angaben über mehr als 700 000 Bürger veröffentlicht, die von den Verwaltern des „Friedensstifters“ ohne Schuldspruch eines Gerichts oder andere rechtliche Grundlagen als Verbrecher bezeichnet

werden und von denen über 10 000 Journalisten sind.

Der Inhalt der Seite entspricht in keiner Weise ihrer Bezeichnung. Ihre Tätigkeit ist auf Entfachung von Hass und Neid gerichtet. Darüber hinaus ignoriert die Seite die Unschuldsvermutung und verletzt die immateriellen Rechte von Menschen, die nichts mit irgend welchen Verbrechen zu tun haben.

Nach einer skandalösen Veröffentlichung persönlicher Angaben westlicher Journalisten, die in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk Akkreditierungen erhalten hatten, führte dies bei allen internationalen Institutionen zu großer Verärgerung und man forderte, diese Seite sofort zu schließen. Doch der Berater des Minister des Innern, Anton Geraščenko, und auch der Minister des Innern, Arsen Avakov selbst, erklärten gleich persönlich und ganz öffentlich, dass sie diese Internetreserve nicht schließen würden, und veröffentlichten umgehend eine größere Menge (2500) neue persönliche Angaben von Journalisten!

Und keine der internationalen Organisationen hat öffentlich verurteilt, dass außer den Journalisten schon 2 Jahre lang gesetzeswidrig Tausende Bürger der Ukraine in der „Erschießungs“liste stehen. Der oppositionelle Journalist Oles' Buzina und der Politiker Oleg Kalašnikov aber wurden einen Tag, nachdem ihre persönlichen Angaben im „Friedensschlichter“ mit Wohnanschrift veröffentlicht worden waren, grausam am hellerlichten Tag in der Nähe ihrer Wohnhäuser umgebracht. Und sofort erschien im „Friedensschlichter“ ein „Dossier“ über diese Bürger mit dem Vermerk „liquidiert“.

Außerdem wurden die Listen des „Friedensschlichters“ vom Sicherheitsdienst an den Sicherheitsdienst der Ukraine an den Staatlichen Grenzdienst der Ukraine weitergegeben – mit der Aufforderung, wenn diese die Grenze überschreiten, eine zusätzliche „verstärkte Prüfung“ aller auf den Listen stehender Bürger vorzunehmen.

Die ukrainische Ombudsfrau Valerija Lutkovskaja hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Veröffentlichung der persönlichen Anga-

ben auf der oben genannten Internetseite die Menschenrechte verletzt. Mehr noch, sie hat auch erklärt, dass es notwendig sei, im Gesetz Änderungen vorzunehmen, die es gestatten, im Falle einer gesetzeswidrigen Bearbeitung von Personalangaben diese oder jene Site unabhängig davon, wo sich der Server befindet, zu blockieren.

Es ist ganz offensichtlich, dass eine so empörende Verletzung der Menschenrechte auf das eigene Leben und persönlichkeitsbezogene Informationen kein zufälliger rechtlicher Exzess ist. Die Eröffnung dieser „Erschießungs“liste mit persönlichen Daten wurde von den Rechtsschutzorganen der Ukraine initiiert, vom Ministerium des Innern und vom Sicherheitsdienst der Ukraine, was bedeutet, dass es der Staat der Ukraine ist, der die volle Verantwortung für diese grobe Verletzung der Menschenrechte trägt.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung

Die kriminelle Verfolgung von Bürgern der Ukraine aus politischen Motiven und wegen oppositioneller Ansichten in Bezug auf die Machtorgane wird bis auf den heutigen Tag fortgesetzt.

So befand sich die Volksdeputierte Alla Aleksandrovna Aleksandrovskaja, erster Sekretär des Char'kover Gebietskomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine, Ehrenbürger der Stadt Char'kov, eineinhalb Jahre in Haft.

Alla Aleksandrovna ist eine betagte Frau von 76 Jahren und hat ernst zu nehmende gesundheitliche Probleme, doch sie erhielt in der Einzelhaft im Untersuchungsgefängnis keine Möglichkeit für eine medizinische Behandlung. Sie wurde von den Machtorganen gefangen gehalten, während Tausende von Mördern sowie Schwer- und Schwerstverbrecher freigelassen wurden.

Die Verfolgung von A. Aleksandrovskaja wegen oppositioneller Tä-

tigkeit ließ sich vor der europäischen Öffentlichkeit nicht verheimlichen. Die Angelegenheit von A. Aleksandrovskaja wurde international zur Kenntnis genommen, da internationale Rechtsschutzorganisationen ВФМЦТ informiert worden waren. A. Aleksandrovskaja wurde von Parlamentariern aus europäischen Ländern besucht; der frühere Premierminister der Ukraine Nikolai Azarow schrieb einen Offenen Brief an den Botschafter der USA in Russland John Tefft und an den Generalsekretär des Europarats Thorbjorn Jagland sowie an eine Reihe von Botschaften in Ländern der EU und bat, dabei behilflich zu sein, dass A. Aleksandrovskaja frei komme.

Es wird deutlich, dass die Rechtsschutzorgane der Ukraine auf den Druck einflussreicher internationaler Organe reagieren. Und es war nur der internationalen Reaktion zu danken, dass A. Aleksandrovskaja dann in Hausarrest entlassen wurde.

Ein weiterer politischer Häftling, der Volksdeputierte der Ukraine in drei Wahlperioden Aleksandr Efremov, war am 30. Juli 2016 wegen Verdachts auf einen Anschlag gegen die territoriale Integrität der Ukraine von den Rechtsschutzorganen der Ukraine festgenommen worden. Am 1. August 2016 hat das Pečersker Kreisgericht der Stadt Kiev Jefremov zu einer Haftstrafe verurteilt. Man beschuldigt ihn des Machtmissbrauchs, eines Anschlags auf die territoriale Integrität der Ukraine, und ihm drohen 3 bis 6 Jahre Freiheitsentzug.

Der Rechtsanwalt von Efremov stellt fest, dass die Anschuldigung vom 5. Januar 2017 ihrem Sinn und Inhalt nach in keiner Weise gesetzesgemäß ist und keinerlei Beweise zur Sache enthält.

Offensichtlich zieht der Generalstaatsanwalt in erster Linie persönliche Beziehungen zu den Bürgern in Betracht und organisiert dann auf dieser Grundlage die gerichtliche Verfolgungen. Man kann schon feststellen, dass es keine objektive und gerechte Durchführung der vorgerichtlichen und gerichtlichen Untersuchung der Anschuldigung Efremovs in der Ukraine geben wird, da der Generalstaatsanwalt

offen von Hass gegenüber dem politischen Häftling Aleksandr Efre-mov spricht.

Ebenfalls in Einzelhaft befinden sich Journalisten, Blogger und gesellschaftliche Funktionäre, die wegen ihrer politischen Überzeugungen und wegen Kritik an den Machtorganen zu leiden hatten. Dmitrij Vasilec und Evgenij Timonin sind Journalisten, die sich schon über ein Jahr lang in Einzelhaft befinden. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie wegen Verbreitung von Feindschaft und Hass sowie Betrugs an den Bürgern und Manipulierung der öffentlichen Meinung Kritik an den Machtorganen und an der CMM geübt haben.

Der Blogger Artur Senko wurde von Rowdys auf Geheiß des Sicherheitsdienstes an seiner Haustür geschlagen. Man drohte ihm an, dass man ihn umbringen werde, und er war gezwungen, die Ukraine zu verlassen.

Elena Gliščinskaja ist eine Journalistin, die, als die schwanger war, wegen ihrer Tätigkeit verhaftet wurde. Sie musste zwei Kleinkinder allein zurück lassen. Ungeachtet der schrecklichen Unterbringungsbedingungen, der schlechten Verpflegung und der unzumutbaren sanitären Verhältnisse und daher auch angesichts der Gefahr einer Fehlgeburt kam es dann bei Elena Gliščinskaja in der Zelle zur Geburt eines Sohnes. Sie wurde bei einem Gefangememaustausch entlassen und war gezwungen die Ukraine umgehend zu verlassen.

Über 2 Jahre lang befindet sich bereits Dr. der Physik und Mathematik [Kandidat der Wissenschaften], Bürgermeisterin der Stadt Slavjansk Nelja Štepa in Haft. Sie hatte sich seit 2010, nachdem sie von 60% der Wähler gewählt worden war, ausschließlich mit wirtschaftlicher Tätigkeit der Stadt beschäftigt. Štepa war zu Beginn der Antiterroristischen Operation in der Ukraine in der Funktion des Bürgermeisters tätig. Der Grund für die Festnahme bestand darin, dass die Machtorgane die Bestrafung eines Bürgermeisters einer Stadt zur Schau stellen wollten, um damit die örtlichen Machtorgane zahlreicher Kreis- und Stadtsowjets in der Ukraine einzuschüchtern

und Druck auf sie auszuüben.

Am 11. Juli 2014 wurde Nelja Igorevna festgenommen. Ihr wurde der Verdacht von Handlungen nach Teil 2, Artikel 110 des Strafbuches der Ukraine unterstellt (Anschlag auf territoriale Integrität und Unantastbarkeit der Ukraine) sowie Teil 1, Artikel 258-3 (Gründung einer terroristischen Gruppe bzw. Organisation). Sie wurde unter Bewachung in die Verwaltung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Char'kov gebracht. Ende Oktober 2014 schickte die Staatsanwaltschaft des Gebiets Char'kov die Anklage an das Gericht, wo man lebenslängliche Haft für die Bürgermeisterin festlegte.

Bis jetzt wird vom Charkover Červonozavodsker Kreisgericht wegen unzureichender Beweise seitens der Anklage die Haft verlängert und kein Urteil gesprochen. Am 27. Dezember 2016 hat die letzte Gerichtsverhandlung stattgefunden, zu der zwecks Druck auf das Gericht eine organisierte Gruppe nationalistischer Provokateure zugelassen wurde. Die Druckausübung hatte zur Folge, dass seitens des Gerichts die zeitweilige Haft erneut bis zum 3. Februar 2017 verlängert wurde und für den 26. Januar 2017 eine weitere Anhörung angesetzt wurde.

Im Oktober 2014 wurde die 52-jährige Nelja Štepa mit Knochenbrüchen der Rippen und Gliedmaßen in das Krankenhaus der Untersuchungshaftanstalt gebracht, da sie beim Verhör in der Staatsanwaltschaft der Stadt Char'kov grausam zusammengeschlagen worden war. Auf diese empörende Tatsache erfolgte jedoch keine Reaktion des Rechtsschutzsystems.

Ein gesondertes Problem ist der unmotiviert grausame Umgang mit politischen Opponenten. Ein zynisches Beispiel hierfür ist der Mordanschlag auf Auftrag vom 28. April 2014 auf das Stadtoberhaupt von Char'kov Gennadij Kernes, der dadurch schwer verletzt wurde. Dieses bestialische Verbrechen hat das ganze Land empört. Dabei

gilt es zu berücksichtigen, dass Gennadij Kernes bereits am 17. März 2014 auf Bedrohungen gegen ihn aufmerksam gemacht und er nicht ausgeschlossen hatte, dass hinter diesen Drohungen Avakov, der Chef des Ministeriums des Innern, stehen könnte.

Dennoch sind bis heute weder der Auftraggeber noch der Ausübende des Mordes festgestellt worden, und faktisch ist das Strafverfahren zu diesem zynischen Verbrechen eingestellt. Gesetz, Gerechtigkeit und Rechtsordnung funktionieren im Lande nicht!

Zugleich kann es auch nicht sein, dass die grausame, barbarische, auf großen Widerhall gestoßene zynische Ermordung des Rechtsanwalts Jurij Grabovskij ohne Reaktion bleibt, der der offizielle Verteidiger des vom Staat Ukraine Beschuldigten Bürgers der Russischen Föderation Aleksandr Anleksandrov war.

Die Unfähigkeit der staatlichen Organe, vor allem der Rechtsschutzorgane, das Monopol auf Anwendung von Gewalt durchzusetzen, führt zu tragischen Folgen, die vom Standpunkt des Rechts auf Menschenrechte als Verletzung des Rechts auf Leben qualifiziert werden. Es muss besonders hervorgehoben werden, dass die Menschenrechtspraxis der Europäischen Union beweist, dass der Staat nicht nur selbst durch seine eigenen Handlungen keine Bedrohungen für das Leben des Menschen hervorrufen darf, sondern dass er auch Garantien für den Schutz des Lebens bieten muss!

Auch in der Ukraine werden noch viele weitere Verletzungen der Rechte und Freiheiten des Menschen festgestellt.

Das Recht auf ein gerechtes Gericht und gerechte Verurteilung der Beschuldigten bei vollzogenen Verbrechen

Dies betrifft auch die Verfolgung der tragischen Ereignisse in Odessa im Mai 2010, durch die 48 Personen: 6 infolge von Schussverletzungen, 32 infolge von Feuer im Haus der Gewerkschaften durch

Rauch und Gas, 10 beim Sturz aus dem Fenster während des Brandes erschlagen. Unter den Toten sind 7 Frauen und ein Jugendlicher.

Ferner: Ungeachtet der Forderung internationaler Institutionen findet eine sorgfältigere Untersuchung der oben genannten tragischen Ereignisse in Odessa in der Praxis nur dann statt, wenn radikale Kämpfer nationalistischer Organisationen in den jetzt nicht unabhängigen Untersuchungsprozess einbezogen sind.

So hat zum Beispiel das Kollegium der Odessaer Richter in der Sache vom 2. Mai im November 2015 unter dem Druck bewaffneter Kämpfer eine Rücktrittserklärung geschrieben. Damit erzeugen die Vertreter des „Rechten Sektors“ nicht einmal den Anschein einer unabhängigen Untersuchung, sondern üben offen Druck auf das Gericht aus.

Es sind seitens der radikalen nationalistischen Gruppierungen ganz außergewöhnliche Fälle von Druck auf das Gericht bekannt, die die Durchführung der Beschlüsse des Gerichts grob behindern. So war für Evgenij Mefedov, der der Teilnahme an der Organisation der Unruhen am 2. Mai in Odessa bezichtigt worden war, eine erhaltene Strafmaßnahme in Entlassung auf Bewährung geändert worden, während die das Gerichtsgebäude blockierenden radikalen Nationalisten die Durchführung dieser Entscheidung verhinderten. Auch der Gerichtsbeschluss, ihn unter Hausarrest zu bringen, wurde nicht durchgeführt. Die Vertreter des „Rechten Sektors“, die in das Gerichtsgebäude eingedrungen waren, zwangen die Richter mit Drohungen, Mefedov ins Gefängnis zurück zu bringen. Evgenij Mefedov befindet sich jetzt bereits über 2 Jahre im Untersuchungsgefängnis in Einzelhaft. Demgegenüber genießen Wiederholungstäter und Kriminelle, die die Uniform des Sicherheitsdienstes der Ukraine und des Ministeriums des Innern tragen und sich an Racheakten und Folterungen auf dem Territorium des Donezkbeckens beteiligt haben, Straflosigkeit. Schon über lange Zeit gelingt es dem Gericht nicht, die Gerichtsprozesse, die die Kämpfer des Bataillons „Tornado“ be-

treffen, zu Ende zu führen, die von der Militärstaatsanwaltschaft wegen Morddelikten, Vergewaltigungen und Folterungen auf dem Territorium der Gebiete Donezk und Lugansk angeschuldigt sind. Beschuldigte auf der Anklagebank bedrohen Zeugen und Richter, Gerichtsverhandlungen werden mit Hilfe von Komplizen der Nationalisten, die das Gerichtsgebäude blockieren, vereitelt. Einer der Bataillonskommandeure, der Abgeordnete der Obersten Rada Semenčenko ruft direkt dazu auf, das Gerichtsgebäude zu stürmen und die Verbrecher freizulassen.

Und der Staat garantiert in keiner Weise eine unabhängige zügige Untersuchung und schützt die Richter nicht davor, dass Druck ausgeübt wird.

Auch die Situation hinsichtlich der Untersuchung der Protestaktionen in Kiew im Winter 2013-2014 ist – wie die Rechtsschützer erklären – nicht besser.

Da der Staat alle Instrumente und die gesamte Fülle der Macht für eine vollwertige und maßstabgerechte Untersuchung besitzt, lässt die Untätigkeit und die bewusste Verschleppung der Untersuchung den Verdacht eines beabsichtigten Versuchs aufkommen, die wirklichen Auftraggeber und Schuldigen für den Tod der Menschen am 20. Februar 2014 zu vertuschen.

Zugleich zeugt das Auswahlprinzip bei den Prozessen betreffs der Verfechter der Machtstrukturen anlässlich der Ereignisse im Winter 2013-2014 von wahlweiser Rechtsprechung, von Missachtung sowohl der Unschuldsvermutung als auch des Prinzips der persönlichen Verantwortung. Insbesondere zeigt die Verteidigung der ehemaligen Kämpfer der Spezialeinheiten „Berkut“ Sergej Zinčenko und Pavel Abros'kin, die beschuldigt werden, 39 Aktivisten des Euromajdans angeblich getötet zu haben, dass es in der Akte keinerlei Beweise für ihre Schuld gibt.

Das Recht auf Arbeit

Talentierte Schauspieler, Sängerinnen und Musiker werden verfolgt, und man nimmt ihnen – gegen internationale und ukrainische Rechtsprechung – das Recht auf Arbeit und Beruf! So hatte der Minister für Kultur der Ukraine Evgenij Niščuk Ani Lorak und Taisija Povalij scharf kritisiert. Der Politiker ist unzufrieden, dass sie in russischen Städten auftreten und rät ihnen, nicht wieder in die Ukraine zurück zu kommen. Danach haben radikale Nationalisten versucht, ein Konzert von Ani Lorak in dem Nachtclub „Ibica“ zu stören, danach auch ein Solokonzert im Kiever Schloss Ukraine. Daraufhin hat der Minister des Innern Avakov öffentlich erklärt, dass die Miliz die öffentliche Ordnung während der Konzerte von Ani Lorak künftig nicht mehr schützen werde. Dies erklärte er mit seiner persönlichen Einstellung zu ihr; seiner Ansicht nach „provoziere sie die Gesellschaft“.

Und die Abgeordneten der Stadtsowjets von Zaporozje und L'vov gingen noch weiter und verboten Gasspiele, Konzerte, Theatervorstellungen und kulturelle Veranstaltungen von Personen, die mit den Aktionen der gegenwärtigen Machtorgane nicht einverstanden sind. Dies ist eine direkte Verletzung der Normen der Verfassung sowie eine Diskriminierung und Verletzung des Rechts auf Arbeit und Beruf.

Das Recht auf Freiheit friedlicher Versammlungen

Die Machtorgane verletzen ständig das Recht auf Freiheit friedlicher Versammlungen. So haben zum Beispiel die Mitarbeiter der Miliz von Kiev unter Anwendung physischer Gewalt am 6. Oktober 2015 eine Zusammenkunft von Aktivisten des „Finanz-Majdans“ aufgelöst, die eine Protestaktion auf dem Bessarabischen Platz organisiert hatten, wobei sie ihre Unzufriedenheit mit Handlungen der ukraini-

schen Regierung zum Ausdruck gebracht hatten.

Am 22. Juli 2016 haben die Abgeordneten des Stadtsowjets von Borispol' auf einer außerordentlichen Sitzung den Beschluss gefasst, den Kreuzzug des Friedens der Ukrainischen rechtgläubigen Kirche des Moskauer Patriarchats durch die Stadt Borispol' zu verbieten, was eine grobe Verletzung der Verfassung der Ukraine darstellt.

Die Polizei verstößt ständig gegen die Rechte der am 2. Mai umgekommenen Verwandten, indem sie deren friedliche Blumenniederlegung am Ort des Massenmordes von Menschen auf dem Kulokover Feld auflöst oder blockiert.

Mit Unterstützung ukrainischer Machtorgane lösen radikale Nationalisten in grober Weise friedliche Aktionen auf, und die Polizei reagiert nicht darauf. So wurde der Leiter der Partei „Bund der Linkskräfte“ Vasilij Volga beim Versuch, ein Treffen zu organisieren, grausam zusammengeschlagen; Mitglieder von Kampfeinheiten der Nationalisten überfielen betragte hilflose Menschen und schlugen bei einem Meeting zu Ehren des Tages des Sieges am 9. Mai auf sie ein. Die Gruppe „Azov“ überfiel am 17. März in Kiew eine friedliche Aktion zur Unterstützung des 25. Jahrestages des Referendums über die Erhaltung der Union.

In Nikolaev haben maskierte Nationalisten eine friedliche Aktion zu Ehren des Tages der Befreiung der Stadt vom Faschismus überfallen. Mit Duldung der Rechtsschutzorgane finden ständig Überfälle auf Kundgebungen gegen die Erhöhung von Tarifen und gegen den Krieg im Donezbecken statt.

Das Wahlrecht

Am 14. Juli 2015 hatte das Parlament das neue Gesetz über die örtlichen Wahlen angenommen, in dem festgelegt wurde, dass jeder nur in dem Ort wählen kann, wo er gemeldet ist. Das bedeutet, dass Ab-

solventen früherer Jahre [ВПЛ] nicht in einem vorübergehenden Wohnort wählen können, also faktisch ihr Recht auf Teilnahme am Wahlprozess verlieren. Gemäß den 22 Leitprinzipien der UN über den inneren Ortswechsel dürfen Absolventen früherer Jahre wegen ihres Ortwechsels in keiner Weise benachteiligt werden, so auch nicht hinsichtlich ihres Rechts auf Teilnahme an der Tätigkeit der Gemeinden (auf gleichberechtigter Grundlage), das heißt bei Nutzung des Stimmrechts. Zum Verständnis sei gesagt, dass 3,7% der Wähler in der Ukraine zu dieser Kategorie gehören.

Die Tatsache, dass Verletzungen der Menschenrechte in der Ukraine systematisch vorkommen, zeigt, dass es bereits jetzt erforderlich ist, Staatspolitik auf neue Art und Weise zu realisieren. Es ist von Bedeutung, dass der Aufbau Europas in der Ukraine begonnen wird, dass man auf zwangsweise Methoden des politischen Kampfes und auf rechtswidrigen Druck gegenüber der Opposition verzichtet, dass man bei Verletzungen der Rechte und Freiheiten des Menschen keine Nachsicht übt und dem Recht Geltung verschafft.

Die Entwicklung einer demokratischen, toleranten und friedlichen Ukraine muss der einigende Faktor sowohl für alle politischen Kräfte wie für die ukrainische Gesellschaft sein. Die Menschenrechte dürfen nicht länger als schöne, aber nur deklarative Losung genutzt werden, ihr Schutz muss sich auf eine exakte und durchsichtige staatliche Politik stützen, – was mit den gegenwärtigen Machtorgane schwierig ist.

Der Zusammenschluss aller Ukrainer um die Prinzipien der Geltung von Recht und Gesetz wird nicht nur dazu führen, dass die Unantastbarkeit der Ukraine erhalten bleibt, sondern auch das Fundament für ihr künftiges Aufblühen legen.

Liste der Zeugen und deren Darstellungen

Maksim Nicenko (ihn vertritt seine Mutter – Elena Nicenko)

Am 18. März 2015, zu dem Zeitpunkt, als er vom Sicherheitsdienst der Ukraine (im folgenden SDU, russ. Служба безопасности Украины [СБУ]) festgenommen wurde, war er Schüler und 16 Jahre alt; ihm wird vorgeworfen: Teil 215, Artikel 113 KK der Ukraine (Diversion). Ein Provokateur hatte Maksim im sozialen Netz zu einem Treff verführt. Bei dem Treff legte der Provokateur vom Sicherheitsdienst der Ukraine eine Attrappe eines Sprengsatzes in den Eisenbahnkörper in der Nähe des Bahnhofs Izjum im Gebiet Char'kov. Der dort anwesende Jugendliche wurde sofort von einem vorbereiteten Verhaftungstrupp des SDU festgenommen. Der Jugendliche befindet sich bereits über zwei Jahre mit schweren chronischen Leiden im Char'kover Gefängnis. Die gefälschte Akte bricht bereits in sich zusammen: der Zeuge – es ist derselbe Provokateur vom SDU – widerspricht sich in den Aussagen. Maksim wird von den Mitarbeitern des SDU geschlagen und gefoltert.

Mönchspriester Feofan (Georgij Kratirov)

Mönchspriester Feofan war Schüler [старца-схиархимандрита Зосимы] im Heiligen Uspenskij Nikolo-Vasil'evskij Kloster; er wurde Heiliger Vater Feofan genannt. Er lebte im Kloster und hatte sich bereits vor dem Umsturz mit Ausgrabungen von Soldaten beschäftigt, die während des zweiten Weltkrieges gefallen waren. Am 3. März 2015 wurde er unter dem Vorwand seiner Teilnahme an Ausgrabungen aus dem Kloster gelockt und von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine festgenommen; danach wurde er im Keller der Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Mariupol' und Char'kov über einen Monat lang Folterungen unterworfen wie sie in Guantanamo üblich waren (schwer geschlagen und gewürgt), um gefälschte Selbstbezeichnungen zu erpressen. Nach zwei Monaten Haft wurde er freigelassen und als Kriegsgefangener ausgetauscht.

Nikolaj Maškin

Schriftsteller, Abgeordneter des Nikolajever Gebietsowjets; wurde am 3. Februar 2015 wegen Verdachts auf kriminelle Rechtsverletzungen nach Teil 1, Artikel 161 und Teil 1 Artikel 258-3 des Strafgesetzbuches der Ukraine von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine verhaftet (wegen beabsichtigter und zur Verletzung der nationalen Ehre gereichender und gegen die Würde von Bürgern der Ukraine gerichteter Handlungen sowie Unterstützung der Tätigkeit einer terroristischen Gruppe bzw. terroristischen Organisation). Grund für die Festnahme war ein Fernsehinterview, in dem Nikolaj erklärt hatte, dass er nicht einverstanden sei, dass sich Menschen gegenseitig umbringen und die Machtorgane daraus Nutzen ziehen. Wegen dieser Worte wurde Nikolaj über zwei Monate in Einzelhaft in Nikolaev in Untersuchungshaft festgehalten; danach kam er in

ein Geheimgefängnis des Sicherheitsdienstes der Ukraine, wo er ein halbes Jahr einsaß. Er kam im Austausch frei, gelangte dann jedoch in der Ukraine wieder in die Fahndung.

Arsen Klinčev

Abgeordneter des Gebietssovjets von Lugansk, Vorsitzender der Gesamtukrainischen gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Gvardija“ [Junge Garde]; wurde am 10. März 2014 vom Sicherheitsdienst der Ukraine festgenommen; dieser strengte ein Gerichtsverfahren gegen ihn an nach Artikel 109, Teil 3 KK der Ukraine (wegen gewaltsamer bzw. auf den Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung oder auf die Eroberung der Staatsmacht gerichtete Handlungen) und nach Artikel 341 (Besetzung staatlicher oder öffentlicher Gebäude bzw. Einrichtungen). Auf Arsen wurde ein Anschlag verübt: Er erlitt Schnittwunden durch einen Sprengkörper, überlebte aber durch ein Wunder. Nach seiner Gesundung wurde Arsen verhaftet und schwer geschlagen, nur weil er gesagt hatte, dass er mit dem Umsturz nicht einverstanden sei. Nachdem Klinčev bis August 2016 in Haft gesessen hatte, konnte das Gericht die Strafmaßnahme wegen der Mängel der vom Sicherheitsdienst der Ukraine vorgelegten Beweise nicht mehr verlängern. Doch ungeachtet der fehlenden Beweise wurde Arsen Klinčev im Oktober 2016 von der GPU [Staatliche Politische Verwaltung] erneut zur Fahndung ausgeschrieben.

Samojlov Aleksej Nikolaevič

Wissenschaftler, Politologe, Prorektor der Internationalen slawischen Universität der Stadt Charkov. Hat offen zum Ausdruck gebracht, dass sich in der Ukraine die Wiederherstellung eines neonazistischen

Regimes vollzieht, wofür er von den Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine am 29. Juni 2014 in seinem Haus verhaftet wurde. Bei der Festnahme wurden Arsen und seine Gäste von den Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine grausam geschlagen. In diesem Augenblick wurde von anderen Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine Sprengstoff eingesetzt, um dies als materiellen Beweis des Ergebnisses der Durchsuchung auszunutzen. Nach der Festnahme wurde Aleksej drei Tage lang in der Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Char'kov gefoltert, wovon zahlreiche Hämartome und Quetschungen zeugten. Mit den gefälschten Beweisen beschuldigte der SDU Samojlov nach Artikel 263 des Strafgesetzbuches der Ukraine wegen gesetzeswidriger Nutzung einer Waffe, von Munition bzw. Sprengstoffen, Artikel 111 (Hochverrat).

Nachdem Samojlov einen Monat lang in Untersuchungs-Einzelhaft gesessen hatte, wurde er für einige Monate in ein Geheimgefängnis des Sicherheitsdienstes der Ukraine gebracht. Erst nach einem halben Jahr gesetzeswidrigen Gefängnisaufenthalts wurde er am 26. Dezember 2014 als Kriegsgefangener ausgetauscht.

Предисловие

В Украине война. На этом страшном фоне люди страдают, гражданские права урезаются, а коррупция и беззаконие процветают. И все больше и больше множатся признаки, указывающие на то, что Украина становится полицейским государством, что демократические свободы, приобретенные при создании Украины 25 лет тому назад, постепенно сокращаются. Выступающие за права человека оппозиционные организации уже продолжительное время устанавливают случаи превышения власти и злоупотребления. Демократические свободы, которые во всей Европе считаются нормальными явлениями, ограничиваются; произвол и бесправие теперь уже стали обыденностью. До сих пор внешнеполитические устремления Европейского Союза, включая старания Федеративной Республики Германия, оказались мало эффективными и не смогли приостановить или повернуть назад этот процесс.

В Украине и за границей слышны теперь уже голоса, которые маловерно констатируют неудачу всех этих устремлений. Глядя на образовавшееся положение в стране это не удивительно. Несмотря на это защитники прав граждан и человека в Украине не теряют надежду, что при помощи заграничных правительственных и неправительственных организаций их голос все-таки услышат. Их оценка гласит: Ситуация критическая, но не без выхода. К примеру, к нам обратились Координационный центр «Свобод-

ное слово» и Институт правовой политики и социальной защиты (оба с местонахождением в Киеве). Являясь объединением писателей находящимся уже несколько лет в столице Германии мы заступаемся за взаимопонимание между народами. Елена Бондаренко, которая руководит координационным центром «Свободное слово», и Ирина Бережная, которая является директором института, лично переслали нам глубоко впечатляющий материал свидетельствующий об актуальной ситуации в украинском обществе. Ниже публикуем часть из этих документов.

Елена Бондаренко, Ирина Бережная, Лариса Шеслер и представленные ими организации и учреждения никого не обвиняют и никого не осуждают. Нет ни одного конкретного одностороннего личного обвинения. Своей документацией они просто хотели ознакомить заинтересованную немецкую общественность с тем, что на самом деле стоит за заголовками печати. Украинское общество постоянно меняется, что, однако, за границей почти не замечается. Страна когда-то собиралась присоединиться к европейской семье народов, но в настоящий момент она находится очень далеко от этой общности совместных ценностей. Существующие в Европе правила и законы в Украине почти не действуют. Это должно меняться. Может быть, ознакомление с публикуемыми ниже текстами послужит росту понимания и поддержки по отношению к украинскому гражданскому обществу. Европа только выигрывает, если во всех государствах этого континента будут действовать одинаковые демократические основные права и если будет мир.

Владимир В. Сергиенко,
президент Союза Писателей межнационального согласия
Федеративной Республики Германии, Берлин

Перевод Р. и А. Столяров

Мониторинг некоторых аспектов нарушения прав человека в Украине за 2014-2016 гг.

СОСТОЯНИЕ ЗАЩИТЫ ПРАВ ЧЕЛОВЕКА НА ТЕРРИТОРИИ ПРОВЕДЕНИЯ АТО

Территории на востоке Украины, где проводится так называемая АТО, являются наихудшими с точки зрения соблюдения основополагающих и неотъемлемых прав и свобод человека. Серьезные нарушения прав человека и злоупотребления продолжаются в форме регулярных обстрелов, казней, произвольных и незаконных задержаний, внесудебных расправ, пыток, жестокого обращения, торговли людьми, отсутствия справедливости и подотчетности, а также незаконного лишения экономических и социальных прав, от чего страдают около 5 млн. человек, проживающих в районах, пострадавших от конфликта. Украина не выполняет собственных обязательств перед гражданами, которые остались на неподконтрольных территориях, наиболее уязвимыми группами гражданского населения в зоне проведения АТО являются дети, инвалиды и престарелые. Поскольку власть Украины не обеспечила своевременную эвакуа-

цию детей из детских домов, инвалидов и пожилых людей, это поставило под угрозу их жизнь и здоровье. Большое количество из них не имеют необходимых лекарств или даже достаточного количества пищи и воды. По данным ЮНИСЕФ 1,3 млн детей и взрослых сталкиваются с серьезной проблемой доступа к чистой воде, из-за поврежденных или разрушенных водопроводных линий и с острой нехваткой воды, в районах, охваченных конфликтом в восточной Украине.

При этом Временным порядком от 21 января 2015 был установлен режим въезда и выезда с территорий, неподконтрольных правительству Украины, чем одни граждане были искусственно отделены от других, что является грубой дискриминацией по территориальному признаку, а также были созданы дополнительные препятствия для доставки гуманитарных грузов – установлен запрет на перевозку коммерческих грузов с продовольствием и медикаментами, сложные процедуры регистрации поставщиков гуманитарной помощи и налогообложение гуманитарной помощи. Ситуация осложняется блокированием пунктов пропуска в конце 2016 года батальонами «Айдар» и «Донбасс», которые угрожают полностью закрыть канал снабжения гуманитарной помощью из Украины. Несколько гуманитарных поездов были вынуждены вернуться с территории разделительных линий, не имея возможности доставить свой груз. В декабре 2016 года резко ухудшилось водоснабжение территорий Луганской области из-за решения местной украинской администрации закрыть водовод, снабжающий водой территорию, неподконтрольную украинской власти. Отключение водоснабжения является грубым нарушением прав человека на доступ к питьевой воде и санитарии, это грозит эпидемиями и осложнением оказания медицинской помощи гражданскому населению.

Значительно увеличилось время прохода мирными гражданами

через разделительные блокпосты. В условиях постоянного нарушения «режима тишины», люди в ожидании пересечения линии разграничения, подвергаются угрозам обстрела. Так, 14 декабря на пропускном пункте «Майорск» под Горловкой в результате обстрела мирных граждан погибли 2 человека, еще два были ранены.

Украинская власть не обращает внимания на 77 учреждений Донбасса, в которых лица де-юре находятся под ее защитой — психиатрические больницы, интернаты, в которых находятся пенсионеры, дети и лежачие больные. Таким образом, можно говорить о нарушении Украиной своих обязательств по обеспечению права на жизнь.

ПРАВО НА СОЦИАЛЬНУЮ ЗАЩИТУ

После незаконного постановления Кабинета Министров Украины от 7.11.2014 года № 595 по замораживанию выплат пенсий и социальных доплат гражданам, которые не переехали из зоны проведения АТО, не было ни одного ассигнования из государственного бюджета на социальные выплаты, в том числе пенсии, а также для социальных учреждений, которые продолжают действовать в районах, неподконтрольных Украине. Таким образом, права граждан на социальную защиту полностью нарушены.

Однако, действующая власть отказывается выполнять решение Высшего административного Суда Украины обязывающего Украину выплачивать пенсии и социальные доплаты всем гражданам, проживающим на неконтролируемой территории Луганской и Донецкой области, что подтверждается официальными ответами государственных органов.

Так, вместо выполнения решения суда, которое давно вступило

в законную силу, в настоящее время Министерство Социальной политики Украины и Пенсионный Фонд Украины незаконно приостановили выплаты пенсий и социальных доплат не только жителям на не подконтрольной территории, но и всем временно перемещенным лицам (переселенцам) без всяких на то правовых оснований.

Пунктом 8 Комплекса мер по выполнению Минских соглашений от 12 февраля 2015 года предусмотрено полное восстановление социально-экономических связей, включая социальные переводы, такие как выплата пенсий и иные выплаты.

На заседании Генеральной Ассамблеи ООН 11.12.2015 года Верховный Комиссар ООН по правам человека Иван Шимонович в своем докладе призвал государство Украина исполнить Определение Высшего административного суда Украины от 16.10.2015 г. и незамедлительно выплатить гражданам Украины, проживающим в зоне так называемого АТО, всю задолженность по социальным выплатам и пенсиям, а также возобновить регулярные выплаты их в дальнейшем.

Кроме того, на сегодняшний день продолжают фиксироваться факты незаконного задержания, осуществляемые украинскими правоохранительными органами (в основном, Службой безопасности Украины), военными и военизированными формированиями (в первую очередь, бывшими добровольческими батальонами, в настоящее время официально включенными в Вооруженные Силы Украины, Национальную гвардию и полицию).

Так, после публикации 21 июля доклада правозащитной организации Amnesty International "Вас не существует: Произвольные задержания, насильственные исчезновения и пытки на востоке Украины", Служба безопасности Украины отпустила несколько человек из так называемой "секретной тюрьмы", которой является управление СБУ в Харькове. Трое из них – Николай Вакарчук, Виктор Ашихин и Дмитрий Королев заявили, что наме-

рены добиваться справедливости. Некоторые из них – Петр Козлов, Константин Бескорвайный, Владимир Безобразов – провели в такой тюрьме без официального обвинения, без доступа адвокатов и родственников около двух лет. Тайные тюрьмы СБУ прошли известный ученый Алексей Самойлов, священник Феофан Кратиров, журналист Николай Машкин, которые могут дать свидетельские показания об условиях содержания и физических пытках, которым они подвергались.

По данным правозащитников, еще по меньшей мере пять человек продолжают находиться в тайных местах лишения свободы.

ОТСТУПЛЕНИЕ УКРАИНЫ ОТ ВЗЯТЫХ ОБЯЗАТЕЛЬСТВ

Вопреки международным конвенциям, ратифицированных Украиной, нарушения прав человека в стране стали системными и постоянными.

Все это стало возможным потому, что нарушение прав человека в Украине закреплено на законодательном уровне. 21 мая 2015 года Верховной Радой Украины было принято Постановление об утверждении заявления по отступлению Украиной от международных обязательств в отношении соблюдения прав человека в Донецкой и Луганской областях на контролируемой государством территории. 5 июня 2015 года правительство Украины проинформировало Генерального секретаря Организации Объединенных Наций и Генерального секретаря Совета Европы, что Украина будет отступать от некоторых государственных обязательств по Международному пакту о гражданских и политических правах и Европейской конвенции о защите прав человека и основных свобод 1950 года.

В данном постановлении предусмотрено отступление от прав,

которые были истолкованы Комитетом Организации Объединенных Наций по правам человека как таковые, от которых отступления не разрешены.

В данном постановлении были нарушены такие базовые конституционные права человека, как:

- право свободного передвижения по территории Украины и за ее пределы;
- право граждан на справедливое судебное разбирательство;
- право граждан на защиту и надзор судебных органов относительно законности содержания под стражей;
- право получать все предусмотренные законом социальные выплаты и пособия независимо от места проживания в пределах Украины

Данным Постановлением депутаты фактически лишили граждан Украины, проживающих на контролируемой государством территории в Луганской и Донецкой областях, права на въезд и выезд за пределы Украины, на обжалование в апелляционном и кассационном порядке, а также в ЕСПЧ, любых судебных решений, на возмещение материального и морального ущерба в случае незаконного привлечения к уголовной ответственности, внесудебных расправ, или совершения иных противоправных действий. Также для этих граждан государство исключило запрет на вмешательство в личную и семейную жизнь.

"Институт правовой политики и социальной защиты" еще в июне 2015 года обжаловал эти документы как незаконные в Высшем административном суде Украины (ВАСУ).

В своих Докладах Мониторинговая Миссия ООН по правам человека в Украине неоднократно указывала на вышеперечисленные нарушения и требовала от правительства Украины принять незамедлительные меры и отменить эти варварские для

европейской страны правовые акты. Однако, до настоящего времени, со стороны Правительства и Парламента никаких мер не принято.

ПРАВА ЧЕЛОВЕКА В ИНФОРМАЦИОННОЙ СФЕРЕ И ПРАВО НА ПРИВАТНОСТЬ

В последнее время пренебрежение этими личными правами человека в послемайданной Украине привело к нарушению и других прав — в частности, права на жизнь.

Самым беспрецедентным примером неправомерного сбора и обнародования информации о лицах является скандально известный сайт-убийца с названием «Миротворец», созданный еще осенью 2014 года и курируемый лично советником министра внутренних дел, народным депутатом Украины Антоном Геращенко.

На данном сайте открыто составляются «расстрельные» списки инакомыслящих с выкладыванием персональных данных не только граждан, которых обвиняют без суда и следствия в тяжких преступлениях, но и данные членов их семей, в том числе детей с указанием адресов школ, университетов и детских садов. На сегодняшний день на данном сайте незаконно размещены данные более 700 000 граждан, которых администраторы «Миротворца» считают преступниками без обвинительных приговоров судов и других правовых оснований, из них более 10. 000 – журналисты.

Содержание сайта совершенно не соответствует его названию, работа сайта направлена на разжигание вражды и ненависти. Более того, сайт полностью игнорирует презумпцию невиновности и фактически нарушает нематериальные права лиц, не причастных к преступлениям.

После скандальной публикации персональных данных западных журналистов, получивших аккредитацию в ДНР и ЛНР, все международные институции возмутились и потребовали немедленно закрыть этот сайт, но, советник министра МВД Антон Геращенко и сам Министр МВД Арсен Аваков сразу же публично заявили, что не собираются закрывать данный интернет-ресурс, а наоборот, анонсировали новую порцию персональных данных еще 2,5 тысяч журналистов!

При этом, никто из международных организаций публично не осудил, что, кроме журналистов в «расстрельном» списке уже 2 года незаконно находятся тысячи граждан Украины. А оппозиционные журналист Олесь Бузина и политик Олег Калашников через день после публикации их личных данных на «Миротворце», включая адреса проживания, были жестоко убиты среди белого дня возле подъездов собственных домов и тотчас на сайте «Миротворец» в «досье» на этих граждан появилась отметка «ликвидирован».

Кроме того, списки сайта «Миротворец» были переданы Службой безопасности Украины в Государственную пограничную службу Украины с требованием проводить дополнительный «усиленный досмотр» всех граждан, находящихся в списках, при пересечении ими границы.

Украинский омбудсмен, Валерия Лутковская, также заявляла, что публикация персональных данных на вышеупомянутом сайте нарушает права человека. Более того, она заявила о необходимости внести изменения в законодательство, которые позволили бы в случае незаконной обработки персональных данных, блокировать работу того или иного сайта, независимо от месторасположения сервера.

Совершенно очевидно, что такое вопиющее нарушение прав человека на частную жизнь и личную информацию является не

случайным правовым эксцессом. Создание этого «расстрельного» списка с личными данными было инициировано правоохранительными органами Украины – Министерством внутренних дел и СБУ, а значит, именно государство Украина несет полную ответственность за это грубейшее нарушение прав человека.

ПРАВО НА СВОБОДУ ВЫРАЖЕНИЯ СОБСТВЕННОГО МНЕНИЯ

До сегодняшнего дня продолжают уголовные преследования граждан Украины по политическим мотивам и за оппозиционные взгляды по отношению к власти.

Так, более полугодом под стражей находилась Алла Александровна Александровская – народный депутат Украины четырех созывов, первый секретарь Харьковского обкома КПУ, почетный гражданин города Харькова.

Алла Александровская является пожилой женщиной шестидесяти семи лет с серьезными проблемами с здоровьем, однако она содержалась в СИЗО без возможности медицинского лечения. При этом власть держала её под стражей, но выпуская тысячи убийц и лиц, совершивших тяжкие и особо тяжкие преступления.

Преследования Александровской за оппозиционную деятельность не удалось скрыть от глаз европейской общественности. Дело Александровской получило международный резонанс, так как были проинформированы международные правозащитные организации, на встречу с Аллой Александровской приезжали парламентарии из европейских стран, а экс-премьер – министр Украины Николай Азаров обратился с открытым письмом к послу США в России Джону Теффту, Генеральному Секретарю Совета Европы Турбьёрну Янгланду, а также в ряд посольств

стран-Евросоюза с просьбой помочь в освобождении Александровской.

Становится очевидно, что правоохранные органы Украины реагируют на давление влиятельных международных организаций. И только благодаря международному резонансу Алла Александровская была выпущена под домашний арест. Ещё один политзаключённый – народный депутат Украины трех созывов Александр Ефремов, был задержан правоохранными органами 30 июля 2016 года по подозрению в посягательстве на территориальную целостность Украины., а 1 августа 2016 года Печерский районный суд г. Киева избрал Ефремову меру пресечения в виде содержания под стражей. Его обвиняют в злоупотреблении властью, посягательстве на территориальную целостность Украины ему грозит лишение свободы от 3 до 6 лет.

Адвокат Ефремова отмечает, что обвинительный акт от 05 января 2017 года полностью не соответствует требованиям закона по своему смыслу и содержанию и в нем нет никаких доказательств по делу.

Очевидно, что Генеральный прокурор ставит во главу личные отношения к гражданам и на базе этого занимается организацией уголовных преследований. Уже можно утверждать что объективного и справедливого проведения досудебного и судебного следствия по обвинению Ефремова в Украине осуществляться не будет, так как Генпрокурор открыто заявляет о ненависти к политзаключённому Александру Ефремову.

Также в СИЗО находятся журналисты, блогеры, общественные активисты, которые пострадали за свои политические убеждения и за критику власти. Дмитрий Василец и Евгений Тимонин – журналисты, которые больше года находятся в СИЗО за то,

что критиковали власть и СМИ за разжигание вражды и ненависти, за обман граждан, манипуляцию общественным мнением. Блогер Артур Сенко был избит у подъезда дома хулиганами по наущению СБУ, ему угрожали убийством, он вынужден был покинуть Украину.

Елена Глищинская, журналист, которая за свою деятельность была арестована уже в состоянии беременности. На свободе осталось двое малолетних детей. Не смотря на ужасные условия содержания, плохое питание, антисанитарию и – в следствие этого – угрозу выкидыша, Елена Глищинская родила сына. В камере. Затем была освобождена при обмене военнопленными и вынуждена была немедленно покинуть Украину.

Более двух лет содержится в тюрьме кандидат физико-математических наук, мэр города Славянска Неля Штепа, занимавшаяся исключительно хозяйственной деятельностью города с 2010 года, после того как ее избрали более 60% избирателей. Штепа выполняла обязанности мэра во время начала проведения АТО. Причиной задержания стало желание власти устроить показательное наказание мэра города для устрашения и давления на местные органы власти многочисленных районных и городских советов в Украине.

11 июля 2014 года Неля Игоревна была задержана, ей было предъявлено подозрение в совершении действий, предусмотренных ч. 2 ст. 110 Уголовного кодекса Украины (посягательство на территориальную целостность и неприкосновенность Украины) и ч. 1 ст. 258-3 (создание террористической группы или организации). Она была отправлена под конвоем в управление СБУ в Харькове. В конце октября 2014 года прокуратура Харьковской области направила в суд обвинительный акт, где просила пожизненное заключение для мэра города.

В октябре 2014 года пятидесятидвухлетняя Неля Штепа с пе-

реломы рёбер и конечностей была госпитализирована в больницу при следственном изоляторе, куда попала после жестокого избиения на допросе в прокуратуре города Харькова. Но на этот вопиющий факт не последовало реакции правоохранительной системы.

До настоящего момента Червонозаводский районный суд Харькова из-за недостаточности доказательств у стороны обвинения продлевает арест и не выносит никакого приговора. Так 27 декабря 2016 года состоялось очередное судебное заседание, на который была привезена организованная группа националистов-provokatorov для давления на суд. Вследствие давления, суд в очередной раз продлил срок временного содержания под стражей до 3 февраля 2017 года, и новое слушание назначено на 26 января 2017 года

Отдельной проблемой является немотивированная жестокость к политическим оппонентам. Одним из циничных проявлений такой жестокости стало заказное покушение на убийство 28 апреля 2014 года на Харьковского городского Голову – Геннадия Кернеса, в результате которого он был тяжело ранен. Такое зверское преступление возмутило всю страну. Учитывая, что еще 17 марта 2014 г. Геннадий Кернес заявлял об угрозах в свой адрес, и не исключал, что за этими угрозами мог стоять Аваков, возглавляющий МВД.

Однако, до настоящего времени, ни заказчик, ни убийца не установлены и по сути дела уголовное производство по данному циничному преступлению приостановлено. Закон, справедливость и правопорядок в стране не действуют!

Также нельзя оставить без реакции жестокое, варварское, резонансное, циничное убийство адвоката Юрия Грабовского, который являлся официальным защитником обвиняемого госу-

дарством Украина гражданина Российской Федерации Александра Александрова.

Неспособность государственных, прежде всего, правоохранительных органов установить монополию на применение силы приводит к трагическим последствиям, которые с точки зрения права прав человека квалифицируются как нарушение права на жизнь. Следует особо подчеркнуть, что практика ЕСПЧ показывает, что государство должно не только не создавать собственными действиями угроз для жизни человека, но и реализовать гарантии защиты жизни!

Также в Украине фиксируются и масса иных нарушений прав и свобод человека.

ПРАВО НА СПРАВЕДЛИВЫЙ СУД И НАКАЗАНИЯ ВИНОВНЫХ В СОВЕРШЕНИИ ПРЕСТУПЛЕНИЙ.

Это касается и расследования трагических событий в Одессе в мае 2014 года, в результате которых погибли 48 человек: 6 — от огнестрельных ранений, 32 — в пожаре в Доме профсоюзов от дыма и газа, 10 человек выпали из окон во время пожара и разбились. Среди погибших — 7 женщин и один несовершеннолетний.

Более того, несмотря на требование международных институций тщательнее расследовать вышеупомянутые трагические события в Одессе, на практике происходит только вмешательство радикальных боевиков националистических организаций в процесс расследования, который сейчас не является независимым. Например, в ноябре 2015 года коллегия одесских судей по делу о трагедии 2 мая под давлением вооруженных боевиков написали заявление об отставке. Таким образом, представители "Правого сектора" даже не создают видимости независимого расследования, а открыто оказывают давление на суд.

Известны вопиющие случаи давления на суд со стороны радикальных националистических группировок, которые грубо препятствовали исполнению решений суда. Так Евгению Мефедову, обвиненному в причастности к организации беспорядков 2 мая в Одессе, была изменена мера пресечения на освобождение под залог, однако блокирующие здание суда радикальные националисты не дали выполнить это решение. Не было выполнено и судебное решение о переводе его под домашний арест, представители «Правого сектора», ворвавшись в здание суда угрозами заставили судей вернуть Мефедова в тюрьму. Евгений Мефедов до сих пор уже более 2-х лет находится в следственном изоляторе. Зато безнаказанностью пользуются рецидивисты и уголовники, одетые в форму ВСУ и МВД, которые творили расправы и пытки на территории Донбасса. Длительное время суду не удастся завершить судебное разбирательство по отношению к бойцам батальона «Торнадо», которых военная прокуратура обвиняет в убийствах, изнасилованиях и пытках на территории Донецкой и Луганской областей. Обвиняемые на скамье подсудимых угрожают свидетелям и судьям, заседания суда срываются с помощью сообщников националистов, которые осаждают здание суда. Один из командиров батальонов депутат Верховной Рады Семенченко прямо призывает штурмом взять здание суда и освободить преступников.

А государство никоим образом не гарантирует независимого и быстрого процесса расследования и никак не защищает судей от давления.

Не лучше ситуация с расследованием дел о протестах в Киеве зимой 2013-2014 гг, о чем открыто заявляют правозащитники. Поскольку государство имеет все инструменты и полноту власти для полноценного масштабного расследования, бездействие и сознательное затягивание расследования вызывает подозрение в преднамеренной попытке скрыть реальных заказ-

чиков и виновников гибели людей 20 февраля 2014 года. В то же время показательность процессов над силовиками относительно событий зимы 2013-2014 годов говорит об избирательном правосудии, пренебрежении презумпцией невиновности и принципа личной ответственности. В частности, защита бывших бойцов спецподразделения «Беркут» Сергея Зинченко и Павла Аброськина, обвиняемых в якобы убийствах 39 активистов Евромайдана, заявляет об отсутствии в материалах дела каких-либо доказательств их вины.

ПРАВО НА ТРУД

Талантливых актеров, певиц и музыкантов подвергают гонениям и, в нарушение международного и украинского законодательства, лишают их права на труд и на профессию! Так, Министр культуры Украины Евгений Нищук выступил с резкой критикой в адрес Ани Лорак и Таисии Повалий. Политик недоволен, что певицы гастролируют по российским городам, и рекомендует им в Украину не возвращаться. После чего радикалы-националисты попытались сорвать концерт Ани Лорак в ночном клубе «Ибица», а затем и сольный концерт в киевском дворце Украина. В ответ на это министр МВД Аваков открыто заявил, что впредь милиция не станет охранять общественный порядок во время концертов Ани Лорак, объясняя это своим личным отношением к ней – мол, она, по его убеждению, «провоцирует общество». А вот депутаты Запорожского и Львовского городских советов пошли ещё дальше и запретили проведение гастролей, концертов, спектаклей и других культурных мероприятий лицам, не согласным с действиями действующей власти, что является прямым нарушением норм Конституции, проявлением дискриминации и нарушению права на труд и профессию.

ПРАВО НА СВОБОДУ МИРНЫХ СОБРАНИЙ

Власть постоянно нарушает право на свободу мирных собраний. Например, 6 октября 2015 года сотрудники милиции города Киева с применением физической силы разогнали активистов «Финансового Майдана», которые устроили протест на Бессарабской площади, выражая свое несогласие с действиями украинского правительства.

А 22 июля 2016 года депутаты Бориспольского городского совета на внеочередной сессии приняли решение запретить Крестный ход мира УПЦ МП через город Борисполь, что является грубейшим нарушением Конституции Украины.

Полиция постоянно нарушает права родственников, погибших в Одессе 2 мая, разгоняя или блокируя их мирные возложения цветов на месте массового убийства людей – Куликовом поле. Пользуясь поддержкой украинских властей, радикальные националисты грубейшим образом разгоняют мирные акции, при этом полиция не реагирует на обращения к ней. Так был жестоко избит при попытке организовать встречу лидер партии «Союз левых сил» Василий Волга, боевики-националисты напали на пожилых беспомощных людей, избивая их, при проведении митинга в честь Дня Победы 9 мая, группа «Азов» напала на мирную акцию в поддержку 25-летия референдума о сохранении Союза в Киеве 17 марта.

В Николаеве националисты в масках напали на мирную акцию в честь Дня освобождения города от фашистов.

При попустительстве правоохранительных органов постоянно происходят нападения на митинги против повышения тарифов и против войны на Донбассе.

ИЗБИРАТЕЛЬНОЕ ПРАВО

14 июля 2015 года парламент принял новый закон о местных выборах, по которому лицо имеет возможность голосовать только по месту своей регистрации. Это означает, что ВПЛ не могут голосовать по месту своего временного проживания, что де-факто лишило их права на участие в избирательном процессе. Согласно принципу 22 Руководящих принципов ООН по внутреннему перемещению, ВПЛ не подлежат любой дискриминации вследствие их перемещения, в частности при пользовании правом на участие в делах общины (на равноправной основе) и правом голосовать. Для понимания, ВПЛ – 3,7% избирателей Украины.

Системность нарушений прав человека в Украине показывает, что уже сейчас необходим новый подход к государственной политике. Важно начать строительство Европы в Украине, отказавшись от силовых методов политической борьбы, противоправного давления на оппонентов, поправок для нарушений прав и свобод человека, нивелирования верховенства права. Именно развитие демократической, толерантной и мирной Украины должно стать объединяющим фактором как для всех политических сил, так и для украинского общества. Права человека должны перестать использоваться как красивый, но декларативный лозунг, а их защита должна основываться на четкой и прозрачной государственной политике. Что сложно выполнимо с действующей властью.

Объединение всех украинцев вокруг принципов верховенства права и законности позволит не только сохранить целостную Украину, но и заложит фундамент ее будущему процветанию.

Список свидетелей и их истории

Максим Ниценко (его представляет мать – Елена Ниценко)

На момент задержания сотрудниками СБУ 18 марта 2015 года являлся шестнадцатилетним школьником, ему инкриминируется обвинение ч2, 15, ст113 КК Украины (Диверсия). Провокатор в соцсети манипуляциями завлек Максима на встречу. При встрече провокатор из службы безопасности Украины заложил муляж взрывного устройства в железнодорожное полотно в районе станции Изюм Харьковской области, а присутствующий там подросток был сразу же арестован подготовленной группой захвата СБУ. Уже более двух лет подросток с тяжелыми хроническими болезнями содержится в тюрьме города Харькова. Сфальсифицированное дело рассыпается, свидетель, он же провокатор СБУ, путается в показаниях, сотрудники СБУ избивают и пытаются Максима.

Иеромонах Феофан (Георгий Кратиров)

Иеромонах Феофан ученик старца-схиархимандрита Зосимы из Свято-Успенского Николо-Васильевского монастыря, который почитается как святой. Отец Феофан был насельником в монастыре, где еще до переворота занимался раскопками военных, погибших во времена второй мировой войны. Третьего марта 2015 года под предлогом участия в раскопках его выманили из

монастыря и схватили сотрудники СБУ, затем в подвале Мариупольского и Харьковского отделения службы безопасности Украины более месяца подвергался пыткам использовавшихся в Гуантанамо (жесткие избиения, удушения) для дачи ложных показаний против себя. После двухмесячного заключения был освобожден по обмену, как военнопленный.

Николай Машкин

Писатель, депутат Николаевского областного совета, был арестован 3 февраля 2015 года сотрудниками СБУ по подозрению в уголовных правонарушениях, предусмотренных ч.1 ст.161 и ч. 1 ст. 258-3 УК Украины (совершение умышленных действий, направленных на унижение национальной чести и достоинства граждан Украины и содействие деятельности террористической группы или террористической организации). Причиной задержания стало интервью телеканалу, в котором Николай выразил несогласие тем, что люди убивают друг друга, а при этом выгоду получают власти. За эти слова депутата более двух месяцев держали в Николаевском СИЗО, затем он попал в тайную тюрьму СБУ, где провел более полугода. Освобожден по обмену, однако после обмена объявлен в розыск на Украине.

Арсен Клипчаев

Депутат Луганского областного совета, председатель всеукраинской общественной организации "Молодая Гвардия". Был задержан СБУ 10 марта 2014 года. СБУ возбудило уголовное дело по статье 109 ч3 КК Украины (действия, направленные на насильственное изменение или свержение конституционного строя или на захват государственной власти) и по статье 341 (захват государственных или общественных зданий или соору-

жений). На Арсена было совершено покушение: его изрезали шашкой, но он чудом выжил. После лечения Арсена арестовали и жестоко избивали только из за, того что он высказал несогласие с переворотом. Продержав Клипчаева до августа 2016 года под арестом, суд не смог продлить меру пресечения из-за недостаточности доказательств, представленных СБУ. Но не смотря на отсутствие доказательств в октябре 2016 года, ГПУ снова объявила в розыск Арсена Клипчаева.

Самойлов Алексей Николаевич

Ученый, политолог, проректор Международного Славянского университета города Харькова. Открыто говорил о том, что на Украине идет становление неонацистского режима, за что и был арестован в своём доме сотрудниками СБУ 29 июня 2014 года. Во время задержания сотрудники СБУ жестоко избили Алексея и его гостей, в этот момент другие сотрудники СБУ подбросили взрывчатые вещества, что бы использовать их как вещественные доказательства при обыске. После задержания, Алексея пытали трое суток в Харьковском отделении СБУ, оставив множество гематом и контузию. По сфальсифицированным доказательствам СБУ обвинила Самойлова в преступлениях по статье 263 Уголовного Кодекса Украины (незаконное обращение с оружием, боевыми припасами или взрывными веществами), статью 111 (государственная измена).

После месячного содержания в следственном изоляторе, Самойлова перевели в тайную тюрьму СБУ, где он провел несколько месяцев. И лишь через полгода незаконного содержания 26 декабря 2014 года был обменен как военнопленный.

Übersetzung aus dem Russischen:
R. und A. Stoljarow – Januar 2017
Перевод Р. и А. Столяров

Impressum:

Wladimir W. Sergijenko (V.i.S.d.P.), Berlin.
Unterstützt von der Schriftstellervereinigung „Bundesrepublik
Deutschland für Völkerverständigung e. V.“, Berlin;
Koordinationszentrum „Freies Wort“, Kiew; Institut für
Rechtspolitik und Sozialschutz, Kiew; Antifaschistische Liga
für Menschenrechte, Kiew; Union der politischen Emigranten
und politischen Gefangenen der Ukraine und das Komitee zur
Rettung der Ukraine

Владимир В. Сергиенко, президент Союза Писателей междунационального согласия Федеративной Республики Германии, Берлин; Центр свободы слова, Киев; Институт правовой политики и социальной защиты, Киев; Антифашистская правозащитная лига, Киев; При содействии: Союз политэмигрантов и политзаключенных Украины (СППУ) и Комитет спасения Украины (КСУ)